Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

20.01.2013 Nr. 15

Inhalt:

Golfplatz in Papenburg S. 01
Jugendzentrum S. 03
Umgehungsstraße Aschendorf S. 04
Finanzminister Swieter im Rathaus Papenburg S. 05
Ortsvereinszeitung S. 06

NOVEMBER 1992

Golfplatz in Papenburg

Nach einem Pressebericht in der Ems-Zeitung forderte Golf-Club Gutshof e.V. den SPD-Ortsausschuss mit einem Einschreiben vom 23.9.1992 auf, sich öffentlich für die Beleidigungen in dem Presseartikel zu entschuldigen.
Wenn der Golf-Club in der Aussage "Die Papenburger Genossen wenden sich aber gegen die Borniertheit des Golf-Clubs, dessen einziges Interesse zu sein scheint, von der Öffentlichkeit abgeschirmt und unbeobachtet in einer abgesperrten Anlage unter sich zu sein." eine Beleidigung des Vorstandes des Golf-Clubs sehe, so nähme der SPD-Ortsausschuss dies gerne mit Bedauern zurück und entschuldigte sich auch dafür beim Vorstand, aber nur wenn der Golf-Club durch sein Eintreten für frei zugängliche Wege auf dem Gelände des Golfplatzes diesen Vorwurf entkräften würde. Andererseits sollten die Bürger von Papenburg selbst beurteilen, ob es nicht vielleicht engstirnig wäre, die berechtigten Interessen von Papenburgs Bürgern auf Zugang zu den Wegen im Gebiet des Golfplatzes zu ignorieren und das Gelände mit Stacheldraht abzusperren. War es nicht engstirnig, wie der Golf-Club auf die
Interessenvertretung der Bürger durch die SPD reagierte, wenn er den Bericht als "offene Aggression" bezeichnete und drohend schrieb: "Ihre öffentliche Aufforderung zu Aktionen gegen den Golf-Club ist eine Ungeheuerlichkeit, von der Sie nur hoffen können, dass sie für Sie ohne rechtliche Folgen bleibt." Wenn Aktionen wie z.B. Einberufung einer Bürgerversammlung, Unterschriftensammlung, Demonstrationen, Aufruf zum Einspruch bei der Aufstellung des Bebauungsplanes für den Golf-Club in die Nähe von strafrechtlichen Tatbeständen gerückt werden, so warf dies ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis des Golf-Clubs.
Wenn der Golf-Club in dem besagten Eischreiben behauptete: "Sie wissen sehr genau, dass der Golf-Club nicht für die Regelung der Wegefrage zuständig ist. Die Darstellung der Sachverhalte durch Sie ist polemisch und falsch; " dann hatte der Golf-Club formal sicherlich recht, denn letztendlich entscheidet darüber der Stadtrat. Aber der Vorschlag zur Erweiterung des Golfplattes kam ja wohl vom Golf-Club oder hatte die Stadtverwaltung bzw. die Mehrheitsfraktion ein Interesse daran? Von wem kam denn der Vorschlag, die Wege für die Öffentlichkeit zu sperren: Von der Verwaltung? Von der CDU? oder nicht doch vom Golf-Club? Wer hatte bis jetzt verhindert, dass der jahrelang versprochene Wegeplan verwirklicht wurde?
Die SPD in Papenburg ließ sich auch durch dieses Einschreiben nicht davon abhalten, die berechtigten Interessen vieler Papenburger Bürger auf ungehinderten Zugang zu den von der Erweiterung des Golfplattes bedrohten Spazierwegen sicher zu stellen und die Verwirklichung des versprochenen Wegeplanes immer wieder einzuklagen.

Am Golfplatz sind Spaziergänger willkommen

Kompromißvorschlag im Bauausschuß verabschiedet - Neugestaltung des Stadtparks

Papenburg (H. B.) Der Streit ist beigelegt. Radfahrer und Fußgänger können auch nach der geplanten Erweiterung des Golfplatzes auf 18 Loch die Kastanienallee und die anderen Wege in diesem Bereich weiter benutzen. Lediglich das Wegestück am Ableiter von der Kastanienallee bis zum Lerchenweg wird so in den erweiterten Golfplatzbereich integriert, daß eine öffentliche Nutzung nicht mehr möglich ist. „Das hier vorgelegte Ergebnis ist ein idealer Kompromiß", kommentierte Ratsherr Hermann Nehe für die CDU-Mehrheit das von Stadtbaurat Schämann erläuterte Verhandlungsergebnis.

Im Rahmen einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung hatten zahlreiche Bürger Protest gegen eine zunächst beabsichtigte Schließung der Wege erhoben. Die Kritik richtete sich nicht gegen die Erweiterung des Golfplatzes. Viele Bürger wollten aber gern den Erhalt der vorhandenen Wege gesichert sehen. Vor allen Dingen die SPD hatte sich dieses Anliegen auf die Fahne geschrieben.

Untersuchung

Wie eine genaue Untersuchung der Verwaltung ergab, sind die Wege im Golfplatzbereich (mit Ausnahme des Weges am Ableiter) nicht im Straßenbestandsverzeichnis der Stadt enthalten. Die Stadt ist zwar Eigentümerin, diese Wege sind aber nicht öffentlich. Auf Vorschlag der Verwaltung sollen Teilstücke der Kastanienallee und des Ableiters sowie der Querweg vom Lerchenweg im Bebauungsplan zwar nicht als öffentliche Wege ausgewiesen werden, im Rahmen der Pachtverträge mit dem Golfklub wird die Stadt jedoch verbindlich die bisherige Nutzung dieser Wege für Spaziergänger und Radfahrer sicherstellen.

Für die FDP betonte Ratsherr Dinter, daß nach Klärung des Sachverhalts durch die Verwaltung nunmehr ein Weg gefunden worden sei, dem auch seine Fraktion zustimme. Widerspruch meldete dagegen SPD-Sprecher Toni Schipmann an. Seine Partei habe bereits 1974 für den heutigen Gutshofbereich einen Naherholungsplan gefordert. Die SPD-Fraktion sei zwar nicht grundsätzlich gegen die Golfplatzerweiterung, sie verlange jedoch, daß alle vorhandenen Wege als öffentliche Wege endgültig ausgewiesen werden. Außerdem müßen das vorhandene Wegenetz noch erweitert werden.

Kompromiß

Mit den drei SPD-Abgeordneten stimmte auch Grünen-Ratsherr Sandmann gegen den Kompromißvorschlag der Ratsmehrheit von CDU und FDP. Nach der Beratung im Bauausschuß und einem entsprechenden Ratsbeschluß kann die öffentliche Auslegung des Planes erfolgen.

Nach Ausmusterung des Wasserwerkes ist der Grundwasserspiegel im Stadtparkbereich derart angestiegen, daß in zwei bis drei Jahren nahezu alle Nadelhölzer abgestorben sein dürften. Eine Neugestaltung dieses wichtigen Innenstadtbereiches ist auch schon lange geplant, allerdings konnten die Fraktionen sich noch nicht auf gemeinsame Schritte einigen. Nach den guten Erfahrungen der letzten Jahre soll nunmehr ein weiterer Ideenwettbewerb den Rahmen für eine phantasievolle Neuplanung des Stadtparks schaffen. Die letzte Entscheidung in dieser Sache hat der Rat, der für die Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs 100 000 DM im Etat 1993 bereitstellen muß.

Ems-Zeitung 26.11.1992

SPD: Öffentliche Wege auf dem Golfplatz müssen bleiben

Bürgerversammlung in der „Waldlust" - Bessere Ampelanlage gefordert

Papenburg (H. B.). – In einer Bürgerversammlung in der „Waldlust", an der überwiegend SPD-Mitglieder bzw. -Anhänger (insgesamt etwa 50 Personen) teilnahmen, haben die Sozialdemokraten erneut den Erhalt des öffentlichen Wegenetzes im Bereich des Golfplatzes gefordert. „Wir werden in dieser Frage nicht nachgeben", machte Fraktionsvorsitzender Roland Seemann den Widerstand von Partei und Fraktion deutlich.

Mitglieder der Stadtratsfraktion erneuerten in diesem Zusammenhang den Vorwurf an den Golfclub, kein ausreichendes Ersatzwegenetz bei der Nutzung des Gutshofes als Golfplatz geschaffen zu haben. Schon deswegen müsse man jetzt bei der Erweiterung auf eine 18-Loch-Anlage alles daransetzen, um das wertvolle Naherholungsgebiet für Spaziergänger zu retten.

Fraktionsvorsitzender Seemann und Ratskollege Wilhelm Kröger erläuterten den Planungsstand der Maßnahme. Nach dem zur Zeit gültigen Stand ist die Streichung der öffentlichen Wege vorgesehen. Ratsherr Toni Schipmann wies in diesem Zusammenhang auf die Pflicht der Stadt hin, bei Wegfall von öffentlichen Wegen ein komplettes Ersatzwegenetz schaffen zu müssen: „Sonst wird die Bezirksregierung das nicht genehmigen." Mehrfach forderten die SPD-Sprecher zum Widerstand gegen die Aufhebung der öffentlichen Wege auf. Einsprüche können noch bis Anfang der Woche im Bauamt angemeldet werden. In der Versammlung wurden bereits vorgefertigte Unterschriftenlisten verteilt.

Um die Verkehrssicherheit der Kinder auf der Dieckhausstraße vom Hotel Stubbe bis zur Einmündung in die Gutshofstraße zu erhöhen, soll dieses Straßenstück nur für Anlieger freigegeben werden. Die SPD-Fraktion wird einen entsprechenden Antrag an die Stadt auf den Weg bringen. Mit Nachdruck wurde auch eine bessere Ampelanlage für den Kreuzungsbereich Dieckhausstraße/Rheiderländer Straße (zur Zeit nur Druckknopfampel) gefordert. Dieser Übergang müsse genauso gesichert werden wie der Kreuzungsbereich Guthofstraße/Rheiderländer Straße. Ein entsprechender Antrag, auch den Übergang Russellstraße über die Rheiderländer Straße durch eine Ampel zu sichern, wurde bereits in der Oktoberratssitzung gefordert.

Zum Thema „Hochtemperaturverbrennungsanlage in Dörpen" erklärte Roland Seemann, daß sich die ablehnende Haltung des Ortsvereins gegen eine solche Anlage nicht geändert habe. „Wir sind hier derselben Meinung wie der Unterbezirk Emsland." Ratsherr Bernhard Bloem ergänzte diesen Hinweis: „Bei der nächsten Aktion gegen die HTVA in Dörpen sind wir dabei."

Ems-Zeitung 05.11.1992

Jugendzentrum Papenburg noch in ferner Zukunft

Arbeitskreis noch ohne ganz konkrete Ergebnisse

Papenburg (ma)

Noch keine wesentlichen Fortschritte zeichnen sich in Sachen Jugendzentrum Papenburg ab. Ob die Jugendlichen diese Einrichtung im kommenden Jahr in Anspruch nehmen können gilt als äußerst fraglich. Während der Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Papenburg stellte die Verwaltung die Ergebnisse von zwei Bereisungen vor.

Der Arbeitskreis „Jugendzentrum" besichtigte die Einrichtungen in Aurich, Leer, Meppen und Cloppenburg. Alle Jugendzentren werden von hauptamtlichen Kräften geleitet. Zivildienstleistende und Praktikanten unterstützen die Arbeit. Überall ziehen die Musikveranstaltungen die meisten Besucher an.

Sehr unterschiedlich ist hingegen das Publikum. Während die Meppener Einrichtung überwiegend 12- bis 16jährige anlockt, besuchen in Cloppenburg und Aurich vorwiegend Ältere die Jugendzentren. In Leer werden hingegen sogar spezielle Angebote für Kinder unterbreitet.

Einig ist sich der Arbeitskreis bisher nur darin, daß das Papenburger Jugendzentrum eine hauptamtliche Verwaltung benötigt und Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren ansprechen soll. Im Jugendhilfeausschuß stellte Roland Seemann (SPD) zudem die Forderung, bereits in 1993 einen Jugendpfleger einzustellen, damit dieser bereits beim Aufbau der Einrichtung mitwirken kann. Dem wollte die Mehrheit des Ausschusses nicht folgen.

Unklar ist auch noch der Standort des Jugendzentrums. Seemann und auch Ursula Mersmann (CDU) brachten als neue Alternative das alte Wasserwerk am Deverweg ins Gespräch. Die Papenburger Stadtverwaltung hält diese Lösung jedoch für „unrealistisch". Als weiterer Standort ist immer noch der Bahnhof vorgesehen.

Ems-Zeitung 28.11.1992

DEZEMBER 1992

Altes Wasserwerk als Jugendzentrum?

Vorschlag des CDU-Ortsvorstands

Papenburg

Der CDU-Ortsvorstand hat auf der letzten Vorstandssitzung neben der Planung von Veranstaltungen sich mit Themen der aktuellen Stadtpolitik beschäftigt.

Einstimmig sprach sich der Vorstand dafür aus, daß die seit Jahren geplante Parallelstraße zum Splitting von der Bethlehemstraße bis zum Bolwinsweg nun endlich gebaut werden müßten. Mittel dafür sollten im Haushalt 1993 vorgesehen werden. Der Bau dieser Straße ist damals den Anliegern, die Grundstücke für den Sportpark Obenende zur Verfügung gestellt haben, versprochen werden. Jetzt gilt es, dieses Versprechen einzulösen, stellt die CDU in ihrer Pressemitteilung fest.

Die volle Unterstützung des CDU-Vorstandes fand auch der Vorschlag, das Gebäude des ehemaligen Wasserwerkes als Jugendzentrum zu nutzen, besonders auch für Musikgruppen sei dieses Gebäude sehr geeignet.

Diskutiert wurden notwendige Einsparungen in vielen Bereichen der kommunalen Aufgaben, bedingt durch den kommunalen Finanzausgleich. Einsparungen im sozialen Bereich sollten behutsam vorgenommen werden, wobei überlegt wird, Kindergartenbeiträge nach dem Einkommen der Eltern zu staffeln.

Angeregt wurde desweiteren beim Kindergarten Meyers Tannen die Anlegung eines Wendeplatzes.

Ems-Zeitung 30.12.1992

Stadtrat befürwortet die Direktverbindung

Schulgrenze im Nostenbusch verläuft entlang der Dever

Papenburg (kd)
Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD hat der Rat der Stadt Papenburg den Bau der sogenannten Direktverbindung in Aschendorf beschlossen. Gegen die Fortsetzung dieser Planungen votierten die Vertreter von FDP und Grünen. Mit dem Ratsbeschluß fällt die Variante Bahnspange aus dem weiteren Bebauungsverfahren heraus.

Die Direktverbindung sei die „einzige Möglichkeit", rasch in den Bau einer Umgehungsstraße einzusteigen, sagte Aschendorfs Ortsbürgermeister Friedhelm Führs (CDU) eingangs der Diskussion. Bekanntlich soll die Rheder Straße „direkt" zur Bundesstraße 70 verlängert werden. In Trogform führt sie unter der Bundesbahntrasse hindurch. Diese Lösung entlaste den Ortskern, halte den Fahrzeugverkehr aus der Großen Straße heraus, betonte Führs. Gleichzeitig warnte er davor, mit der Südumgehung „Nebenkriegsschauplätze" zu eröffnen und das Verfahren erneut zu verschleppen.

Ebenfalls die SPD sah in der Direktverbindung die beste Lösung für Aschendorf. Hans-Werner Gouterney versprach die Bürger zu jedem Planungsstadium umfassend zu informieren und eine Beteiligung der Betroffenen an dem Verfahren sicherzustellen.

„Der Großteil der Bürger in Aschendorf ist gegen die Direktverbindung", unterstrich Gerd Harpel (FDP). Mit dem Projekt werde ein „Autobahnzubringer mitten durch den Ort gelegt". Varianten wie die Südumgehung böten Vorteile mit Blick auf die Kosten wie die Ökologie. Auch bezweifelte Harpel, daß die jetzigen Planungen den Kernbereich wirksam entlasteten. Nur ein Drittel der über 6000 gezählten Autos seien dem Durchgangsverkehr zuzurechnen, zwei Drittel dagegen dem innerstädtischen Quellverkehr, begründete er seine Annahme.

Die Grünen lehnten das Vorhaben grundsätzlich ab. „Verkehrsprobleme könnten nicht durch den Bau neuer Straßen gelöst werden", meinte Hans Walker. Eine Entlastung könne ebenso mit der verkehrsberuhigten Gestaltung der vorhandenen Straßen erreicht werden, forderte er eine Umorientierung der Planungen.

Emotionen schürte eine Mitteilung von Valentin Geber (FDP), der berichtete, die Interessengemeinschaft gegen die Direktverbindung habe im Januar einen Termin beim niedersächsischen Wirtschaftsminister Peter Fischer. Durch eine derartige Unterstützung der IG würden die Liberalen zum „absoluten Verhinderer" jeglicher Verkehrspolitik hielt Führs der FDP vor. Von Förderung der Interessengemeinschaft könne keine Rede sein, er habe von dem Termin auch gerade erst erfahren, wehrte Gerd Harpel ab. Und Heinrich Hövelmann wußte bereits, was bei dem Gespräch in Hannover herauskommt: Der Fischer habe sowieso kein Geld, äußere daher Verständnis für die IG und schlage vor, die ganze Sache noch einmal genau zu prüfen. Damit sitze die Umgehungsstraße Aschendorf erneut auf der langen Bank . . .

Entschieden wurde im Stadtrat ferner über die Festlegung der Schulbezirksgrenzen im Bereich Nostenbusch. Schnittpunkt zwischen den Stadtteilen Aschendorf und Untenende ist der neue Deververlauf. Während CDU-Sprecher hier von einem tragfähigen Kompromiß sprachen, der auch den Elternwillen berücksichtige, sah die FDP „keine zufriedenstellende Lösung". Das Ergebnis sei „enttäuschend" sagte Gerd Harpel.

Das Ergebnis „sei" enttäuschend

● Auslegungsbeschluß erging über den Bebauungsplan Nr. 148 „Golfplatz". Bei sieben Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurde dieser Verfahrensschritt eingeleitet. Kritik äußerte nochmals Anton Schipmann, der die Vorstellungen der SPD-Fraktion bezüglich der durchschneidenden Wege nicht genügend berücksichtigt fand.

Ems-Zeitung 18.12.1992

JANUAR 1993

Finanzminister Swieter im Rathaus empfangen

Zum Auftakt einer Bereisung des Emslandes traf Niedersachsens Finanzminister Hinrich Swieter (zweiter von rechts) gestern nachmittag in Papenburg ein. Dort wurde er nicht nur von Bürgermeister Heinrich Hövelmann (rechts) und Stadtdirektor Dr. Reinhart Schenk (links) empfangen. Eingefunden hatten sich auch Werftchef Bernard Meyer und Betriebsratsvorsitzender Paul Bloem, die dem Minister für seinen persönlichen Einsatz für die Emsvertiefung und die Belange der Werft dankten. Swieter habe bei vielen Fragen mit Ratschlägen weitergeholfen, das Problem der Emsvertiefung in Hannover vermittelt und bei der Finanzierung der Schwedenfähre „schnell und unkonventionell" geholfen, unterstrich Meyer. Hövelmann bedankte sich gleichfalls ausdrücklich beim sozialdemokratischen Minister: „Wir vergessen nicht, daß Sie der erste Mandatsträger der SPD waren, der sich vorbehaltlos für die Emsvertiefung eingesetzt hat." Swieter wies darauf hin, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen parteiübergreifendes Anliegen sein sollte. Mit im Bild: Landtagskandidat Peter Raske (SPD). (Siehe auch Bericht auf der Seite Kreis Emsland.) Foto: Lüddemann

Ems-Zeitung 18.01.1993

SPD

ORTSVEREIN PAPENBURG

DAUERBRENNER JUGENDZENTRUM

Wie jeder weiß, mahlen in Papenburg einige Mühlen schneller, andere dagegen sehr viel langsamer als andernorts. Das gilt besonders für die Mühle "Jugendzentrum". Es ist fast schon 20 Jahre her, seit die SPD und engagierte Jugendliche diese Mühle in Papenburg in Bewegung gesetzt haben. Eine kurze Zeit lang drehte sie sich auch ganz munter, kam aber schnell wieder zum völligen Stillstand. Seit ein paar Jahren mahlen ihre Räder endlich wieder und versuchen, den massiven Widerstand der CDU zu Staub zu reiben:

- Im Frühjahr 1990 beschließt der Jugendhilfeausschuß auf Drängen der SPD, daß bis zum Sommer 1991 ein Konzept für ein JZ erstellt werden soll.
- Im Frühjahr 1991 beschließt der Jugendhilfeausschuß auf Antrag der SPD, alle Vorbereitungen zu treffen, damit zum Januar 1993 ein JZ unter hauptamtlicher Leitung eröffnet werden kann.

Aber auf der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause dieses Jahres weigert sich die CDU-Mehrheit, diesen letzten Jugendhilfeausschuß-Beschluß zum Ratsbeschluß zu erheben; erst müsse ein Konzept her. Wir von der SPD werfen der CDU vor, sie habe seit dem Frühjahr 1990 gepennt und ihre Hausaufgaben nicht gemacht. CDU-Ratsherrin Dütemeyer, die wohl als einzige in der CDU-Fraktion für ein JZ gekämpft hatte, wird in ihrer Fraktion "plattgemacht" (So wörtlich ein CDU-Ratsherr). Sie gibt auf und legt ihr Mandat nieder.

Viele Jugendliche in Papenburg sehen jetzt ihre Felle davonschwimmen, sie besetzen das inzwischen geschlossene Jugendcafe Canapee und demonstrieren eine Woche lang mit verschiedenen Aktionen für ein städtisches JZ. Ergebnis: Von den Jugendlichen gewählte Vertreter dürfen in einem inzwischen gebildeten "Arbeitskreis JZ" mitwirken. Dieser Arbeitskreis nimmt im Oktober seine Arbeit auf, besucht verschiedene Jugendzentren (Cloppenburg, Meppen, Leer und Aurich) und faßt einen ersten Beschluß: In Papenburg soll ein städtisches JZ für offene Jugendarbeit unter hauptamtlicher Leitung errichtet werden. Ein weitergehender Beschlußvorschlag von SPD'lern und anderen Mitgliedern des Arbeitskreises, für den Haushalt 1993 die Aufnahme von Mitteln für den künftigen JZ-Leiter zu empfehlen, wird von den CDU-Mitgliedern im Arbeitskreis abgeblockt. Damit ist zu befürchten, daß auch im kommenden Jahr kein JZ seine Tore in Papenburg öffnen wird.

Stehen wir also wieder am Anfang? Nein!

Denn hinter den Beschlüssen von JHA und Arbeitskreis wird die CDU-Ratsfraktion nicht zurückbleiben können. Diesmal wird sie akzeptieren müssen, daß alle benachbarten Städte vergleichbarer Größe ein solches JZ unterhalten und dafür jährlich zwischen 250 und 450 000 DM aufbringen.

Damit bricht ihre bisherige Ausrede, Papenburg brauche kein JZ, es sei außerdem zu teuer, in sich zusammen.

Jetzt steht ihr nur noch eine Ausrede zur Verfügung: die böse rot-grüne Regierung in Hannover erzwinge durch ihren kommunalen Finanzausgleich den Verzicht auf ein JZ.

Wir Sozialdemokraten werden alles tun, dieses Argument zu zerschlagen, damit auch in Papenburg den Jugendlichen zwischen 13 und 25 ein offenes Angebot an Jugendarbeit gemacht werden kann.

Landes-
raumordnungs-
programm

Der Ems-Seiten-Kanal als Schiffahrtsstraße?

Wenn es nach den Vorstellungen der Papenburger CDU ginge, würde der Ems-Seiten-Kanal zur Schiffahrtsstraße ausgebaut! Das jedenfalls ergibt sich aus der Stellungnahme der Stadt zum neuen Landesraumordnungsprogramm. Die CDU hat dieser Stellungnahme nachträglich zugestimmt, die SPD hat sie abgelehnt.

Tiefgreifende Einschnitte in die Landschaftsökologie mit noch nicht vorhersehbarer Tragweite wären die Folgen dieses auch aus ökonomischer Sicht bedenklichen Vorhabens.

So müßten, da der Ausbau für Europaschiffe geplant ist, die bestehenden Deichanlagen mitsamt ihrem Aufwuchs beseitigt werden. Großflächige Gebiete würden für eine Verbreiterung in Anspruch genommen. Die Kosten für die Infrastruktur würde Millionen verschlingen, z.B. für die Erstellung einer zweigleisigen Eisenbahnbrücke, für Wege und Brücken über eine Landesstraße, drei Kreisstraßen und neun Gemeindestraßen mitsamt Anrampungen. Über diese Kosten hat man beim Verfassen der Stellungnahme wohl nicht nachgedacht.

CDU und Verwaltung setzen rein ökonomische Prioritäten, wobei Umweltschutz und Erholungswert der Region auf der Strecke bleiben würden. So möchte man entlang des Kanals Gewerbegebiete ausweisen. Ein weiterer Grund ist die Verschlickung der Ems, die in dem Maße zugenommen hat, daß ein ständiger Aushub erforderlich ist, will man den Fluß schiffbar halten. Vor allem die Schleuse Herbrum ist ohne ständige Ausbaggerungsmaßnahmen nicht mehr passierbar. Um dieses Problem zu umgehen, will man die Ems von Papenburg bis Herbrum im Tidegebiet ihrem Schicksal überlassen. Das würde bedeuten, die Ems wäre in kurzer Zeit total verschlickt. Die Brackwasserzone würde sich verschieben oder ganz verschwinden. Die Umweltschäden für Fauna und Flora in diesem ökologisch wertvollen Gebiet, welches jetzt schon am Rande der Belastbarkeit steht, sind absehbar. Der Fluß kippt um, das Ökosystem Brackwasser stirbt.

Eine Fertigstellung des Dortmund-Ems-Seitenkanals würde ferner den Erholungswert der Region senken. Klarwasserzonen des alten Kanals, die von vielen Tauchsportgruppen aus dem norddeutschen Raum genutzt werden, würden vernichtet. Für viele Sportler gäbe es in dieser Region kaum noch Möglichkeiten, ihrem Hobby nachzugehen.

Wir können uns nicht vorstellen, daß eine Landesregierung, die für den ökologischen Umbau eintritt, für solche Maßnahmen mit verheerenden Umweltauswirkungen auch nur eine Mark bereitstellt. Wir sind der Meinung, daß der vorhandene Wasserweg nach Dörpen ausreicht für den Schiffsverkehr und möchten, daß die Schleife des Dortmund-Ems-Seitenkanals als Biotop erhalten und geschützt wird.

Die SPD Papenburg sieht nicht ein, daß die sich zum Teil als hervorragende Biotope gebildeten Teilbereiche des Ems-Seitenkanals geopfert werden sollen. Sie fordert seit Jahren den Anstau der Kanalhaltungen. Auch die Angelvereine, die bisher keine Erlaubnis des Wasserwirtschaftsamtes erhalten haben, Verbesserungen vorzunehmen, könnten sich dann hier Fischteiche mit hervorragenden Voraussetzungen anlegen.

Die Planungen des Kanals vor siebzig Jahren sind überholt, sie müssen aus den Schubläden der Behörden entfernt und durch neue Pläne für die Naherholung ersetzt werden.

Der Park am Gutshof muß für alle Bürger zugänglich sein!

Seit der Eröffnung des Golfplatzes im Mai 1989 fordert die SPD, daß dieses attraktive Gelände der Öffentlichkeit erhalten bleibt.
Zwar waren Golfclub und Stadt nach langem hin und her damit einverstanden, einen Spazierweg um das Gelände herum anzulegen. Bis heute ist jedoch noch nichts geschehen. Langsam verwittern die Verbots- und Warn-Schilder und an den Stacheldraht hat sich die Bevölkerung gewöhnt.
Wir fragten vor der Kommunalwahl 1991 in unserer Wahlkampfzeitung: Was passiert aber, wenn der Golfclub sein Gelände erweitert? Wird die Bevölkerung dann noch die Kastanienallee nutzen können?
Inzwischen ist ein Antrag auf Erweiterung des Golfplatzes gestellt worden und unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet.
Während die Landschaftsarchitekten die vorhandenen Wege in ihren Plan einbezogen haben, präsentierte der Golfclub einen Plan, in dem die schönsten Spazierwege in diesem Gebiet, der Zugang vom Lerchenweg zur Kastanienallee, die Kastanienallee selbst und Teile des Weges am Ableiter vom Lerchenweg zur Rheiderlandstraße für die Öffentlichkeit gesperrt werden. Damit werden die schönsten Spazierwege in diesem Gebiet zum Sperrgebiet und sind der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich.
Die Versprechungen des Golfclubs und der Stadt, einen Rundweg zu schaffen, wurden nicht eingelöst. Im Gegenteil, jetzt will man den schönsten Weg ganz sperren mit dem fadenscheinigen Argument der Gefahr für die Spaziergänger. Aber dann müßte der Lerchenweg genauso gesperrt werden.
Nach einer Bürgerversammlung, die die SPD einberufen hatte, wurden über 300 Unterschriften gegen die Schließung der Wege im Golfplatz gesammelt und als Einspruch an die Stadt eingereicht.

Die SPD fordert weiterhin, das Gelände mit einem Wegeplan so weit wie möglich der Bevölkerung zugänglich zu machen!

Warum konnte die SPD Fraktion den Haushalt 1992 nicht zustimmen?

Die SPD hatte einen langen Katalog mit bürgernahen Forderungen vorgelegt, die von uns zum Teil schon seit Jahren erhoben werden.

Zum Beispiel:

1.) Wohnbauförderung (100.000 DM Zuschußmittel an private Bauherrn bei Schaffung von Wohnraum für Familien ab 3 Kinder, und/oder für Alleinerziehende mit 2 und mehr Kindern. Belegungsrecht durch das Sozialamt).
2.) Planungskosten für das Jugendzentrum in Papenburg
3.) Planungskosten für ein Lehrschwimmbekken
4.) Schaffung eines menschenwürdigen Frauenhauses
5.) Ausbau des Friederikenplatzes (Parkplatz hinter dem Ceka)
6.) Neuverlegung des Burlageweges
7.) Ausbesserung Bethlehem links
8.) Ausbesserung Splitting links
9.) Radfahrweg und Beleuchtung der Barenbergstraße

... und viele Dinge mehr

Da nicht eine einzige unserer Forderungen im Interesse der Papenburger Bürger berücksichtigt wurde, mußten wir den Haushalt 1992 ablehnen. Also nicht aus Willkür, sondern aus Verantwortung.